



Blitzlicht

Esther Dilcher, MdB

Wahlkreis Waldeck

Liebe Leserinnen und Leser,
in meinem Blitzlicht gebe ich einen Überblick über meine Arbeit im Wahlkreis
und in Berlin.

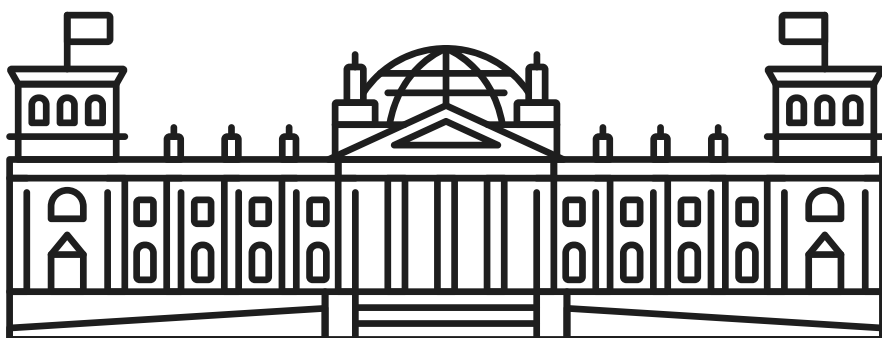
Ich freue mich über Rückmeldungen, Fragen und Anregungen.

Aus der Hauptstadt:

- Rolf Mützenich bleibt SPD-Fraktionsvorsitzender
- Bundeshaushalt 2024 – „Investieren. Entlasten. Zusammenhalten.“
- Klimafreundliches Heizen für alle
- Die neue Kindergrundsicherung
- Parlamentarischer Abend: Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit

Aus dem Wahlkreis:

- Informationsgespräch zum Logistikzentrum „Konrad“ – Was ist mit Würgassen?



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!



Rolf Mützenich bleibt SPD-Fraktionsvorsitzender

Am Montagabend fand die erste Fraktionssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause statt. Der erste Tagesordnungspunkt war die Wahl zur Besetzung des Geschäftsführenden Vorstandes. Der Kölner Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich wurde mit 94,7 Prozent der Stimmen erneut zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Diese überwältigende Unterstützung seitens der Fraktionskolleginnen und -kollegen unterstreicht das Vertrauen in seine bisherige Arbeit. An dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche für die Wiederwahl. Der gesamte Fraktionsvorstand ist bis zum Jahr 2025 in den Ämtern bestätigt worden.

Bundeshaushalt 2024 – „Investieren. Entlasten. Zusammenhalten.“

Die parlamentarische Sommerpause ist zu Ende gegangen. Noch in der vergangenen Woche traf sich die

SPD-Bundestagsfraktion zur alljährlichen Klausur – diesmal in Wiesbaden, um die Bundesinnenministerin und hessische Spitzenkandidatin Nancy Faeser im Wahlkampf zu unterstützen. Mit neuer Motivation startete die erste Sitzungswoche, die gleichzeitig auch eine Haushaltswoche war. Im Deutschen Bundestag wurde in 1. Lesung über den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts für das kommende Jahr beraten. Nach den vergangenen drei Krisenjahren, in denen sich die Bundesrepublik mit der Corona-Pandemie, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Energiekrise konfrontiert sah, kehren wir im kommenden Jahr zu „haushälterischen Normalzeiten“ zurück. Das stellt sich aufgrund der Komplexität der Lage als eine nicht einfach zu meisternde Aufgabe dar. Für die SPD-Fraktion stehen die Beratungen unter dem Leitbild: Investieren. Entlasten. Zusammenhalten.

Die großen Aufgaben der Zukunft können nur mit Investitionen und starker sozialer Sicherheit gemeinsam angepackt werden.

Am Donnerstag standen in der Haushaltsdebatte die Einzelpläne 07 (Justiz) und 10 (Ernährung und Landwirtschaft) auf der Tagesordnung. Als SPD-Berichterstatterin für diese Einzelpläne habe auch ich zwei Reden gehalten.

Hierbei stand für mich vor allem der Schutz der ländlichen Räume im Mittelpunkt: „Bereits in den vorausgegangenen Debatten in dieser Woche wurde mehrfach kritisiert, dass damit die ländlichen Räume kaputtgespart würden. Ich bin der Auffassung: Nein!“



Hier kann man meine Reden im Nachgang anschauen.

Klimafreundliches Heizen für alle

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet bis 2045 klimaneutral zu sein. Dazu werden das Gebäudeenergiegesetz (GEG) reformiert und das Land auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung umgestellt. Das Gesetz regelt, dass neue Heizungen künftig zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. In Neubaugebieten gilt das ab 2024. Bei bestehenden Gebäuden greift die Vorgabe erst, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. Diese muss bis 2026 für Städte und bis 2028 für kleinere Kommunen vorliegen und die jeweiligen Wärmeversorgungsgebiete ausweisen. Grundlage dafür ist das Wärmeplanungsgesetz, das noch in diesem Jahr beschlossen werden soll, damit es zeitgleich mit dem GEG zum 1. Januar 2024 in Kraft tritt. Finanziell werden die Bürger und Bürgerinnen bei diesem Vorhaben unterstützt. So wird der Einbau klimafreundlicher

Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten gefördert. Um Mieterinnen und Mieter zu schützen, darf die Miete nach einem Heizungstausch um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter erhöht werden. Unser großer Verhandlungserfolg und wichtig für den ländlichen Raum war, dass weiterhin mit Holz geheizt werden darf.



Die neue Kindergrundsicherung

Das Bundesfamilienministerium (BMFSMJ) hat den Referentenentwurf für die für 2024 geplante Kindergrundsicherung vorgelegt. In Deutschland gilt jedes fünfte Kind als arm. Die Kindergrundsicherung soll Kinder besser vor Armut schützen und gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen schaffen. Dabei handelt es sich um die umfassendste sozialpolitische Reform seit Jahren und ist der Beginn einer wirksamen Armutsbekämpfung.

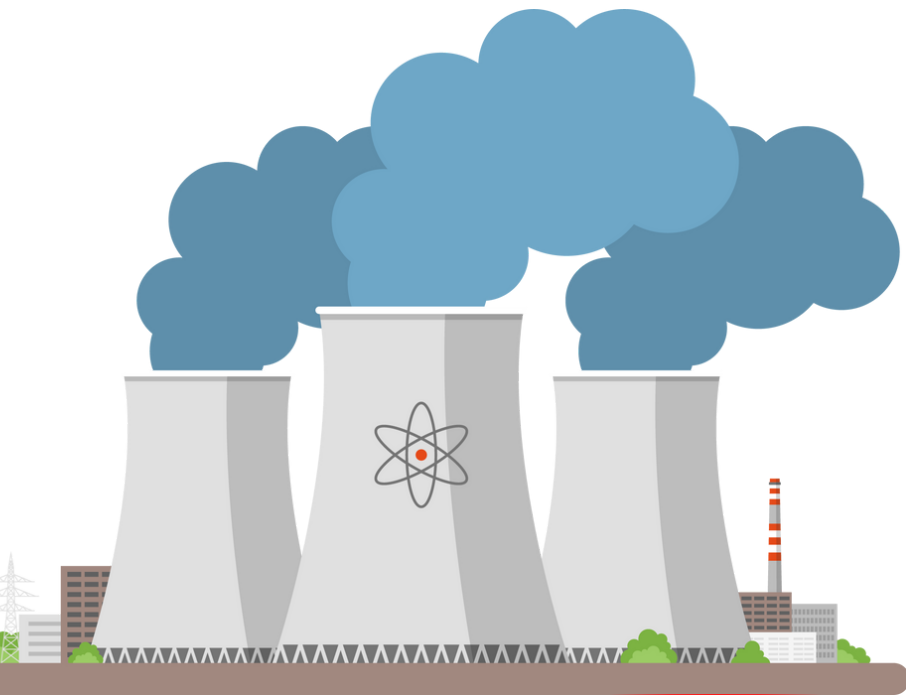


Parlamentarischer Abend: Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit

Am Donnerstagabend fand der parlamentarische Abend des Industrieverbands Agrar e.V. statt. Während der Veranstaltung „Wandel durch Innovation: Digitalisierung für eine resiliente Landwirtschaft“ kamen Abgeordnete mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Industrie zusammen. Thematisiert wurde, wie durch Digitalisierung des Agrarsektors gezielte Bewässerung, bessere Nutzung der Flächen, neue mechanische Erntemethoden und Unkrautbekämpfung erreicht werden können. Diese Art von Innovationen ist notwendig, um die Landwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft widerstands- und wettbewerbsfähig zu machen.

Informationsgespräch zum Logistikzentrum „Konrad“ – Was ist mit Würgassen?

Am Donnerstagvormittag hatte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zu einem Informationsgespräch eingeladen. Thema waren das geplante Atommüllendlager „Konrad“ im Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter. Die Wahl des Zwischenlagers in Würgassen ist gerade und aufgrund der Standortwahl des Endlagers in Salzgitter getroffen worden. Als Mitglied des Standort-Arbeitskreises Würgassen und als Bundestagsabgeordnete des direkten betroffenen Wahlkreises Waldeck/Kassel-Land war dies ein Pflichttermin für mich. Bereits Anfang August erhielt ich dazu einen Bericht der Entsorgungskommission zur Wahl des Zwischenlagers in Würgassen. Das Ministerium äußerte, dass zwischenzeitlich sämtliche Fragen beantwortet werden und damit die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zerstreut sein müssten. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. Es gibt gute Gründe, Argumente und Stellungnahmen, die noch große Zweifel rechtfertigen an der Auswahl der Suchkriterien und letztendlich der Standortwahl.



V.i.S.d.P.: Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin



esther.dilcher@bundestag.de



030-227-75113

-4-



www.estherdilcher.de



[@esther.dilcher](https://www.facebook.com/esther.dilcher)



[@estherdilcher](https://www.instagram.com/estherdilcher)